E 8401
45. Jahrgang

Schule im Blick●punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

Landeselternbeirat Baden-Württemberg Eltern MitWirkung

Vom Wettlauf um Wohlstand abgehängt

● Jugendprobleme als Zerreißprobe für die Gesellschaft

Der steinige Weg der Inklusion

● Ein Erfahrungsbericht über Inklusive Schulen in Wien

Hohe Erwartung – niedrige Bezahlung

● Droht im Land bald der Erzieherinnennotstand?

Großer Eltern-Infotag zur Bildung

● am 19. November in Stuttgart

Schulträger lavieren in der Grauzone

● Finanzierung Freier Schulen – eine Dauerbaustelle

Wenn nur noch der Lehrer Deutsch kann

● Schule und Migration – am Beispiel Pforzheim

Hochschule aktuell: „Startschuss mit Brauseraketen“

● Uni Stuttgart eröffnet Schülerforschungscampus

NV Neckar-Verlag

Oktober 2011 1

Inhaltsverzeichnis

Einladung: Bildungs- und Informationstag für Eltern 3
Inklusion: Erfahrungsbericht aus Wien 4
Gemeinschaftsschule: Klärungsbedarf bei vielen Fragen . . 6
Lehrerberuf: Studie gibt Aufschluss über die Attraktivität . . 7
Bildungspolitik: Empörung der Jugend als Zerreißprobe für unsere Gesellschaft 9
Migration: Wie sich die Stadt Pforzheim den Herausforderungen der Integration stellt 10
Berufliche Schulen: BLV befürchtet finanzielle Abstriche . 13
Frühförderung: Ver.di befürchtet Erzieher/-innennotstand. 14
Elternmitwirkung: Kurzer Abriss über Rechte und Pflichten von Elternvertretern 16
Realschule: Verband befürchtet Folgen der unverbindlichen Grundschulempfehlung. 18
***SiB* im Gespräch:** mit Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer 20
Neue Medien: Kongress zum Thema Medienkompetenz für Eltern und Lehrkräfte 21
Freie Schulen: Finanzierung als Dauerbaustelle 23

Hochschule aktuell

Schülerforschungscampus: Uni Stuttgart geht an den Start 24
Studiengebühren: Gesetz zur Abschaffung in Anhörung 26
Studierende: Zahl der Studienanfänger auf Rekordniveau 27
Studieninformationstag: Neue Broschüre erschienen .27

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Schuljahr hat uns wieder fest im Griff, und wir dürfen gespannt sein, was es für uns alle bereithält. Ich wünsche Ihnen und Ihren Kindern in diesem Schuljahr viele positive Erfahrungen.

Eine Menge an Änderungen an den baden-württembergischen Schulen wurde seitens der Politik in den letzten Monaten angekündigt, diese zu wiederholen kann ich mir hier sicherlich ersparen, sie werden Ihnen alle geläufig sein.

Christian Bucksch, Vorsitzender des Landeselternbeirats

Man kann nur hoffen, dass alle angekündigten Änderungen mit Ruhe und Bedacht und unter Einbindung aller Beteiligten angegangen werden, in der Ruhe liegt die Kraft, ist man versucht zu sagen.

Denn wir dürfen nicht vergessen, dass es weiterhin Baustellen an unseren Schulen gibt, auf die der Landeselternbeirat und auch andere Elterninitiativen jahrelang hingewiesen haben, aber jetzt schon Änderungen diskutiert werden, die ohne Reparatur an diesen Baustellen kaum angegangen werden können:

Baustelle **Lehrerversorgung**: Einerseits freut es ja, wenn die Kultusministerin in einem Interview ein neues Fach „Medienkompetenz“ an unseren Schulen ins Gespräch bringt, aber sollte nicht erst einmal die Lehrerversorgung inklusive der Krankheitsvertretungen am Anfang des Schuljahres so geregelt sein, dass die vorhandenen Fächer verbindlich bis zum Schuljahresende unterrichtet werden können? Aktuell hören wir von Verbänden, wie sich die Versorgung mit Lehrern darstellt, Lehrer für die MINT-Fächer werden immer knapper (liebe MINT-Lehrer, bitte nicht krank werden, dem LEB liegen Erfahrungsberichte von Eltern vor, in denen Unterricht bis zu 8 Wochen ausgefallen ist). Und nicht nur das Fach Medienkompetenz ist in die Diskussion gebracht worden, auch die Forderung nach Ausbau des Schulfaches Musik und die Erhöhung der Stundenzahl des Faches Sport wird immer häufiger diskutiert.

Alles Wünsche, die berechtigt sind, aber bitte erst einmal den Ist-Zustand ansehen und dort ansetzen. Fragen gibt es genug: Wir wissen, dass es die Lehrer an unseren Schulen trotz des dreigliedrigen Schulsystems jeweils mit einer sehr heterogenen Schülerschaft zu tun haben, und dass darauf nicht immer so eingegangen wird, wie wir es uns wünschen. Da fragt man sich, wie die Umsetzung einer inklusiven Schule gewinnbringend und mit einer guten Qualität gelingen soll. Denn eine inklusive Schule hat sich den Schülern anzupassen, nicht mehr die Schüler der Schule!

Fragen auch bei der **Elternmitwirkung**: Aktuell in der Diskussion ist die Ausweitung der Mitbestimmung von Eltern an den Schulen, so sind Überlegungen zur Drittelparität in der Schulkonferenz in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Diese Idee wird vom Landeselternbeirat natürlich unterstützt, jedoch sehen wir auch, dass bislang an zahlreichen Schulen noch nicht einmal die bisherigen Regelungen zur Elternmitarbeit eingehalten werden. Der Weg hin zu einer Drittelparität in der Schulkonferenz ist sicher der richtige, aber nicht der einzige für eine gute und gehaltvolle Elternarbeit an den Schulen.

Mit herzlichen Grüßen

Christian Bucksch

Christian Bucksch

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Christian Bucksch – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: *redaktion.sib@leb-bw.de*, Internet: *www.leb-bw.de*.
Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: *info@neckar-verlag.de*, Internet-Adresse: *www.neckar-verlag.de* – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

tematisch erarbeitet und offen gelegt; vor allem aber wurden die in parteiübergreifendem Konsens erarbeiteten Handlungsempfehlungen vom Landtag einstimmig verabschiedet. Lediglich diejenigen, die bereits konkret angestoßen wurden, sind hier erwähnt.

Leider wurde die Finanzierung der Empfehlungen nur kurzfristig geregelt; viele der begonnenen Maßnahmen werden über das Schuljahr 2011/12 hinaus von der neuen Landesregierung relativiert und unter Finanzvorbehalt gestellt. Angesichts der finanzpolitischen Signale und der geplanten Bildungsreform (Stichwort Gemeinschaftsschule) ist bezüglich einer Langzeitwirkung Skepsis angebracht. Dies gibt bei den beruflichen Schulen Anlass zur Sorge; zum einen, weil die Maßnahmen für viele Schülerinnen und Schüler dringend notwendig sind, zum anderen, weil viele Konzepte möglicherweise nur für den Papierkorb erarbeitet werden und Ressourcen in andere Bereiche umgeleitet werden.

Margarete Schaefer,
Vorsitzende Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband)

Hohe Erwartung und niedrige Bezahlung

Die Not der Erzieherinnen kann bald zum Erzieherinnennotstand führen

Auf den Anfang kommt es an, dieses Motto gilt auch im Bildungsbereich. Deshalb wird gerade auch der frühkindlichen Bildung große Bedeutung zugeschrieben. Doch wird diese Bedeutung auch gewürdigt? Nein, sagt Dagmar Schorsch-Brandt, stellvertretende Landesbezirksleiterin der Gewerkschaft ver.di Baden-Württemberg, und sieht die Gefahr eines großen Fachkräftemangels, wenn sich Bezahlung und Rahmenbedingungen des Erzieherberufs nicht ändern.

Dagmar Schorsch-Brandt

Die neue Landesregierung hat im Koalitionsvertrag die Stärkung der frühkindlichen Bildung vereinbart. Beide Regierungspartner sind sich einig, dass die Kindertagesstätten einen eigenständigen Bildungsauftrag haben und die Qualität der frühkindlichen Angebote weiter verbessert werden soll. Dazu soll der Orientierungsrahmenplan für die Kindertagesstätten gesetzlich verankert und verbindlich eingeführt werden. Ferner soll dieser für den Kleinkindbereich weiterentwickelt werden.

Um diesen wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, müssen sowohl die Personalausstattung der Kitas wie die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte verbessert werden.[1] Finanziert werden sollen diese Ziele durch eine Anhebung der Grunderwerbssteuer, die die Landesregierung bereits auf den Weg gebracht hat.

Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Baden-Württemberg teilt diese Ziele und begrüßt ausdrücklich, dass der qualitative Ausbau und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen Vorrang vor einer vollständigen Gebührenfreiheit haben sollen. Angesichts des großen Fachkräftemangels und des Rechtsanspruchs auf Kleinkindbetreuung für unter dreijährige Kinder ab 2013 ist schnelles Handeln notwendig, damit bereits vor dem Kindergartenjahr 2012/2013 die notwendigen Weichen gestellt werden können:

Kann der Personalbedarf gedeckt werden?

Im Jahr 2010 lag die Betreuungsquote für unter dreijährige Kinder in Baden-Württemberg bei 18%, 2013 sollen im Landesschnitt 34% erreicht werden. Für fast 92.000 Kleinkinder müsste dann ein Platz in der öffentlich geförderten Kindertagespflege und in Kindertagesstätten vorhanden sein. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamts ergibt sich dadurch ein Bedarf an zusätzlichen pädagogischen Fachkräften von rund 6.200 Vollzeitfachkräften, wobei hier die von der Landesregierung angestrebten qualitativen Verbesserungen und die Umsetzung des Orientierungsrahmenplans noch nicht eingerechnet sind.[2]

Es ist mehr als fraglich, ob der Personalbedarf bis 2013 gedeckt werden kann. Weder haben die über 60 baden-württembergischen Fachschulen für Sozialpädagogik die notwendige Kapazität, um fast 250 zusätzliche Klassen einzurichten, noch ist der Arbeitsalltag wie die Bezahlung des pädagogischen Fachpersonals in den Kindertagesstätten so attraktiv, dass junge Frauen und vor allem junge Männer diesen Beruf ergreifen wollen.

Von der Betreuerin zur Expertin

98% der pädagogischen Fachkräfte in Kindertagesstätten in Baden-Württemberg sind Frauen.[3] Während bis in die 80er Jahre das Image einer Erzieherin geprägt war von der einer Betreuerin, die mit Kindern spielt und bastelt, erwarten heute Eltern, Gesellschaft und Politik, dass in Kindertagesstätten Expertinnen und Experten in der frühkindlichen Bildung arbeiten. Trotz hoher Arbeitsmotivation der Betroffenen und steigender gesellschaftlicher Erwartungshaltung fehlt eine entsprechende finanzielle Anerkennung.

Der Arbeitsalltag der pädagogischen Fachkräfte ist geprägt von einer relativ niedrigen Bezahlung – das Einstiegsgehalt liegt für eine Erzieherin (Vollzeit, brutto) mit staatlicher Anerkennung im kommunalen Bereich bei 2.281 €, nach 17 Berufsjahren werden 2.916 € brutto erreicht.[4] Die Gehaltsspanne von Erzieherinnen mit fachlich schwierigen Tätigkeiten liegt zwischen 2.342 € und 3.309 €. Die Bezahlung der „Gruppenzweitkräfte“, die mindestens eine Ausbildung als Kinderpflegerin mit staatlicher Anerkennung nachweisen müssen, schwankt zwischen 1.952 € (Berufsanfängerin mit normaler Tätigkeit) und 2.311 € (fachlich schwierige Tätigkeit nach 17 Jahren Berufserfahrung).[5]

Verständlich, dass diese Bezahlung – trotz aller politischer Anstrengungen – junge Männer nicht reizt, als Experte im Bereich der frühkindlichen Bildung zu arbeiten. Hinzu kommen geringe Aufstiegschancen. Wenn Träger nicht bereit sind, den eigenständigen Bildungsauftrag der Kindertagesstätten zu

honorieren und die fachlich schwierige Tätigkeit der Fachkräfte anzuerkennen, kann eine bessere Bezahlung nur durch Übernahme von Leitungsfunktionen in der Kindertagesstätte erreicht werden. Bewertungskriterium für Leitungstätigkeiten ist ein Schwellenwert, der sich an der durchschnittlichen Kinderzahl in einer Einrichtung im 4. Quartal orientiert.[6] ver.di wollte in der Tarifrunde 2009 für diesen Personenkreis veränderte Kriterien durchsetzen, die sich insbesondere an Personalverantwortung, Einrichtungsgröße und qualitativen Kriterien (z. B. Inklusion, Arbeit im sozialen Brennpunkt) orientierten. Die kommunalen Arbeitgeber waren leider nicht bereit, trotz der jährlichen Schwankungen und des damit verbundenen hohen administrativen Aufwands einen befriedigenden Kompromiss einzugehen.

Studium für frühpädagogische Fachkräfte

Die Politik kann neben den Tarifparteien zu besseren Aufstiegschancen beitragen. Das Land Rheinland-Pfalz z. B. setzt gezielt auf eine stärkere Mischung von akademisch und schulisch ausgebildeten Fachkräften in den Kita-Teams. Insbesondere durch Fernstudiengänge[7] sollen Erzieherinnen ermutigt werden, einen Bachelorabschluss im Bereich der frühkindlichen Bildung berufsbegleitend anzustreben und sich damit für eine Leitungstätigkeit in einer Kindertagesstätte zu qualifizieren. Um die hohen Anforderungen an das Management von Bildungsprozessen, pädagogische Beratung von Eltern, Entwicklung von frühpädagogischen Konzepten, betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Erfahrungen im Qualitätsmanagement zu erfüllen, wird nach Auffassung von ver.di Baden-Württemberg mittelfristig für die Einrichtungsleitungen eine akademische Ausbildung erforderlich sein. Langfristig müsste, wie in fast allen Industrieländern üblich, ein Hochschulstudium für alle frühpädagogischen Fachkräfte angestrebt werden.

In Grenzregionen droht Abwanderung

Die derzeitige Ausbildung von Erzieherinnen dauert nach dem Real- bzw. Fachschulabschluss vier Jahre und ist gegliedert in ein einjähriges Berufskolleg für Praktikantinnen, eine zweijährige schulische Ausbildung an einer Fachschule für Sozialpädagogik und ein anschließendes einjähriges berufsbezogenes Praktikum (Anerkennungsjahr). Angesichts der langen Ausbildungsdauer, in den ersten drei Jahren zudem ohne jegliche Vergütung, und der anspruchsvollen Ausbildungsinhalte wäre diese Ausbildung mit der eines Technikers bzw. einer Technikerin vergleichbar – ohne dessen bzw. deren Entgeltniveau zu erreichen.

Nach Auffassung von ver.di ist die verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans eine fachlich schwierige Tätigkeit, die nach dem Tarifvertrag zwingend mit einem höheren Gehalt verbunden ist. Etliche kommunale Träger in anderen Bundesländern haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Insbesondere in Grenzregionen, z. B. zwischen Baden-Württemberg und Hessen, droht eine Abwanderung von Erzieherinnen nach Hessen aufgrund der besseren Bezahlung, was den Fachkräftemangel bei uns weiter verschärfen dürfte.

Vorbild Rheinland-Pfalz

Die von der Landesregierung angestrebte Qualitätsverbesserung im frühpädagogischen Bereich lässt sich nur mit verbesserten Rahmenbedingungen erreichen. ver.di Baden-Württemberg hat einen Kindertagesstätten-Gesetzentwurf erarbeitet, der einen verbesserten Personalschlüssel, Freistellung für Leitungstätigkeiten und Fortbildungen sowie für Vor- und Nachbereitungszeiten, Vertretungspuffer und ggf. zusätzlichen Betreuungsbedarf (z. B. für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder) beinhaltet. Die verbindliche Fachkraft-Kind-Relation soll sich nach der Altersstruktur der Kinder und nach den Öffnungszeiten der Einrichtung richten. Angestrebt wird nach dem rheinland-pfälzischen Vorbild die schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit.

Der vorhandene und sich ausweitende Fachkräftemangel kann nur eingedämmt werden, wenn Arbeitsbedingungen und Entgelt attraktiver werden. Als ersten Schritt fordert ver.di:

- Eingruppierung der Tätigkeit aller Erzieherinnen, die nach dem Orientierungsrahmenplan arbeiten, als fachlich schwierig, die Folge ist eine bessere Bezahlung.
- Eingruppierung der Tätigkeit von „Gruppenzweitkräften“ wie die einer Erzieherin in Normaltätigkeit
- Flächendeckende Umsetzung des Tarifvertrags zum Gesundheitsschutz
- Unbefristete Übernahme nach dem Anerkennungsjahr
- Qualitätsverbesserungen beim Personalschlüssel sowie verbindliche Freistellungen für Leitungstätigkeiten, Vor- und Nachbereitungszeiten und Fortbildungen
- Schrittweise Reduzierung der Gruppengrößen
- Weiterbildung für Kinderpflegerin zur Erzieherin – auch berufsbegleitend und finanziell unterstützt vom Träger
- Ausweitung der Studienangebote im frühpädagogischen Bereich – auch berufsbegleitend und im Fernstudium

Amerkungen

1 Koalitionsvertrag „Der Wechsel beginnt“, S. 2 f.

2 Barbara Pflugmann-Hohlstein, „Auf dem Weg ins Jahr 2013: Personalbedarf in der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung“ in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2011.

3 Angesichts der hohen Frauenquote wird die weibliche Bezeichnung „Erzieherin“ verwendet.

4 Vor dem zwölfwöchigen Streik im Sozial- und Erziehungsdienst 2009, mit dem ver.di eine Aufwertung des Berufsbilds und verbesserte Arbeitsbedingungen erreichen wollte, lag das Einstiegsgehalt für jüngere Erzieherinnen bei 2.180 €, am Ende des Berufslebens wurden 2.532 € erreicht.

5 Damit sind pädagogische Fachkräfte gemeint, denen vom Träger formal nicht die Verantwortung für die Umsetzung seines pädagogischen Konzepts in der Gruppe übertragen wurde. Auch wenn sich der Arbeitsalltag zwischen Gruppenleitung, die nach dem Willen des Arbeitgebers die pädagogische Verantwortung trägt, und der einer „Zweitkraft“ nicht unterscheidet, können die Träger dadurch eine Menge Geld sparen. Sie profitieren davon, dass ihnen als Gruppenzweitkraft eine ausgebildete Erzieherin zur Verfügung steht, die nach der Elternzeit wieder arbeiten möchte und nach einer Möglichkeit sucht, berufliche und familiäre Pflichten zu vereinbaren – auch um den Preis einer schlechteren Bezahlung.

6 Schwellenwerte sind: 40, 70, 100, 130 und 180 Kinder. Sinkt die Kinderzahl z.B. von 40 auf 37 Kinder, ist eine niedrigere Bezahlung der Kita-Leitung die Folge.

7 An der FHS Koblenz wurde im August 2011 der erste duale Fernstudiengang für Bildung in der frühen Kindheit gestartet, in dem Studierende einen großen Teil ihres Studium praktisch in einer Einrichtung arbeiten und die wissenschaftlichen Kenntnisse im Fernstudium erwerben. Ähnliche Lösungen wären in Baden-Württemberg z.B. an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg möglich, die bereits heute ein Teilzeitstudium berufsbegleitend für Erzieherinnen anbietet. Hochschulen in Esslingen, Freiburg oder Heidelberg bieten Vollzeitstudiengänge im Bereich der Frühpädagogik an.

Dagmar Schorsch-Brandt, stellvertretende Landesbezirksleiterin ver.di Baden-Württemberg